

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte
am 28.11.2019

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:30 Uhr
Sitzungspause: 21:55 - 22:15 Uhr
Sitzungsunterbrechung 19:30 - 19:55 Uhr
Ende: 22:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Franz Bezirksbürgermeister

CDU

Frau Heckeroth Ab 22:45 Uhr abwesend

Herr Henningsen

Herr Langeworth

Herr Meichsner

2. stellv. Bezirksbürgermeister

Fraktionsvorsitzender

SPD

Herr Bevan

Ab 18:15 Uhr anwesend

Frau Mertelsmann

Frau Rosenbohm

Herr Suchla

Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gutknecht

Fraktionsvorsitzender

Herr Gutwald

1. stellv. Bezirksbürgermeister

Herr Kleinekathöfer

Herr Löseke

Ab 22:40 Uhr abwesend

Frau Zeitvogel

Ab 22:40 Uhr abwesend

BfB

Herr Wolff

Die Linke

Frau Krüger

Herr Linde

Ab 22:15 Uhr abwesend

Herr Ridder-Wilkens

Fraktionsvorsitzender

Nicht anwesend:

Herr Tewes

FDP

Verwaltung

TOP

Herr Lewald	Amt für Verkehr	6, 8, 9, 10, 12
Frau Weinhold	Amt für Verkehr	6.3
Herr Richard	Umweltbetrieb	13
Herr Steinriede	Bauamt	22, 23

Herr Kricke	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates	
Herr Tobien	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates, Schriftführer	

Gäste

Herr Kortemeier	<i>Landschaftsarchitektenbüro Kortemeier Brokmann</i>	8, 13
-----------------	---	-------

Bürgerinnen und Bürger
Pressevertreter

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister Franz begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 53. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er teilt mit, dass zu den Tagesordnungspunkten 6.3 und 8 Änderungs- und Ergänzungsanträge der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorlägen und verteilt worden seien. Zum TOP 16 gäbe es eine weitere Information der Verwaltung, die als TOP 16.2 - Prüfauftrag Drucksachenummer 7548 Fußweg Bernhard-Kramer-Straße, gegeben würde. Weiterhin seien nach Versand der Einladung noch verschiedene Anträge auf Sondermittel eingegangen. Er schlage darum vor, die Tagesordnung um den TOP 16.3 „Sondermittel“ zu erweitern.

Herr Henningsen sieht es kritisch, dass es in der Bezirksvertretung Mitte nur eine Mitteilung zur Einführung eines öffentlichen Fahrradverleihsystems gebe und vertritt die Auffassung, dass die Drucksache 9757/2014-2020 nicht nur im Stadtentwicklungsausschuss, sondern auch in der Bezirksvertretung Mitte zu beraten sei.

Herr Franz erklärt, dass es sich bei der Drucksache 9757/2014-2020 um eine Informationsvorlage für den Stadtentwicklungsausschuss handele, der für gesamtstädtische Verkehrsangebote der zuständige Fachausschuss sei. In der Vorlage sei eine Beratung zur Abstimmung der Standorte in den zuständigen Bezirksvertretungen, also auch der Bezirksvertretung Mitte, angekündigt.

Herr Gutknecht bittet in die Niederschrift aufzunehmen, dass es sehr unglücklich sei, dass nach Versand der Einladung kurzfristig noch mehrere, teils mehr als zehn Seiten umfassende Vorlagen nachgereicht worden seien. Eine Vorlage zu Umleitungsverkehren sei einen Tag nach der Zusendung sogar bereits wieder zurückgezogen worden. Die Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte seien ehrenamtlich tätig und die Verwaltung müsse sich an die gleichen Fristen wie die Politik halten.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte

**16.2 Prüfauftrag Drucksachenummer 7548 Fußweg
Bernhard-Kramer-Straße und**

16.3 Sondermittel

erweitert.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mitte**

Es werden keine Fragen in der Einwohnerfragestunde gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung von Niederschriften**

Zu Punkt 2.1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 51. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 12.09.2019**

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte vom 12.09.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 52. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 31.10.2019**

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte vom 31.10.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Einführung eines öffentlichen Fahrradverleihsystems**

Das Amt für Verkehr teilt in Ergänzung der Infovorlage Drucksachennummer 9757/2014-2020 zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.12.2019 mit:

Gemäß dem Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 17.09.2019 (Drucksachennummer 9295/2014-2020) erarbeitet die Verwaltung in Zusammenarbeit mit moBiel ein Umsetzungskonzept für ein öffentliches Fahrradverleihsystem. Dazu ist derzeit folgendes Vorgehen geplant:

Phase I: Umsetzung zum 01.04.2020, Laufzeit 1 Jahr

Start des Projektes mit 200 Fahrrädern (ohne E-Bikes) in der Kernstadt, insbesondere für die Verbindung Universität/FH – Innenstadt sowie relevante Haltestellen des ÖPNV/SPNV.

Phase II: Umsetzung zum 01.04.2021, Laufzeit 3-5 Jahre

Das Gesamtprojekt umfasst ca. 600 Fahrräder plus 50 Pedelecs in der Kernstadt und den Nebenzentren.

Um die Phase I wie geplant zu starten, werden vom Amt für Verkehr in Zusammenarbeit mit moBiel derzeit genaue Standorte für die Verleihstationen ausgewählt und intern abgestimmt. Vorgesehen ist im ersten Schritt ein stationsbasiertes System mit ca. 30-35 Stationen, welche gegebenenfalls mit Flexzonen ergänzt werden. Dabei sollen die Stationen ohne feste Einbauten eingerichtet werden. Es ist vorgesehen, diese zu markieren und/oder zu beschildern. Die Stationen sollen an zentralen und gut zugänglichen Punkten vorgesehen werden. In Bereichen mit viel Publikumsverkehr (z.B. Uni/FH, Bahnhof) werden mehrere bzw. größere Stationen vorgesehen. Diese Standorte werden Anfang 2020 mit den relevanten Bezirksvertretungen abgestimmt. Für die Phase II werden die zusätzlichen Standorte dann ebenfalls zeitnah abgestimmt und den Bezirksvertretungen vorgestellt.

Zu Punkt 3.2 **Wochenmarkt Kesselbrink**

Das Ordnungsamt teilt mit:

Die Bezirksvertretung Mitte wurde in der Sitzung am 13.06.2019 über die Entwicklungen des Wochenmarktes auf dem Kesselbrink informiert (Drucksachennummer 8710/2014-2020). Das Marktgeschehen funktioniert nach wie vor gut und die Händlerinnen und Händler halten sich im Allgemeinen an die Marktsatzung. Die Verwaltung hat die Hinweise der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter bezüglich der Abfallthematik aufgegriffen. Die Marktaufsicht hat zeitweise den Schwerpunkt der Kontrollen auf die Beendigung des Marktes und den Abbau der Stände verlagert. Durch persönliche Ansprache der Händlerinnen und Händler wurde insbesondere nochmal für das Thema Müll- und Abfallentsorgung sensibilisiert. Die Angesprochenen sind bereit und entschlossen ihren Teil dazu beizutragen. So setzen einige Händler z.B. inzwischen zusätzliches Personal ein, dass sich aus-

schließlich um die Standlogistik und die Abfallentsorgung kümmert. Die Verwaltung wird die Einhaltung der Marktsatzung auch weiterhin kontrollieren. Teilweise beeinflusst auch das Verhalten der Kundenschaft und Besucher/innen durch achtlos weggeworfenen Abfall den Zustand des Platzes. Da die Marktaufsicht samstags für drei Märkte verantwortlich ist und somit nicht durchgängig vor Ort sein kann, werden zurzeit und auch künftig ergänzend durch den Außendienst des Ordnungsamtes regelmäßig Streifengänge über den Wochenmarkt erfolgen. Im Dezember dieses Jahres werden die Markthändlerinnen und Markthändler wie in der o.a. Vorlage angekündigt mit einem persönlichen Anschreiben und entsprechendem Informationsmaterial nochmal auf die Regelungen der Marktsatzung hingewiesen. Die Verwaltung und die Markthändlerinnen und -händler werden dazu beitragen, dass der Wochenmarkt auch weiterhin ein attraktiver und fester Bestandteil des Kesselbrinks sein wird, den Platz belebt und zum Verweilen einlädt.

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Anfrage zur Anzahl und Auflistung der genehmigten Veranstaltungen im öffentlichen Raum im erweiterten Innenstadtbereich (Anfrage der CDU-Fraktion)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9371/2014-2020

Herr Tobien erklärt, dass in der September-Sitzung die Anfrage der CDU-Fraktion zunächst zurückgestellt worden sei. Aufgrund der erheblichen Bandbreite von Veranstaltungen „im öffentlichen Raum“, der großen Veranstaltungsfläche „erweiterter Innenstadtbereich“, der Vielzahl der betroffenen Dienststellen und der Vielfalt von Auflagen und Nebenbestimmungen habe die Verwaltung zur Sitzung der Bezirksvertretung am 31.10.19 nachgefragt, ob es der CDU-Fraktion möglich sei, diese Anfrage zu konkretisieren. Nach einer entsprechenden telefonischen Rücksprache habe man sich darauf verständigt, die Anfrage der CDU-Fraktion zunächst exemplarisch für das Jahr 2019 für die Veranstaltungsfläche „Kesselbrink“ zu beantworten. Den Mitgliedern der Bezirksvertretung Mitte läge daher nun nur für den Bereich Kesselbrink eine acht Seiten umfassende Antwort vor, die auch im Gremieninformationssystem ohne personenbezogene Daten einsehbar sei. Er fasst kurz zusammen, dass u.a. das Ordnungsamt 16 und das Kulturamt weitere 16 Veranstaltungen auf dem Kesselbrink genehmigt hätten.

Frau Rosenbohm weist darauf hin, dass sich die Fragen der Bezirksvertretung Mitte eher auf die Radrennbahn und auf den Siegfriedplatz konzentriert hätten. Dazu habe sie eine Antwort erwartet.

Herr Langeworth erklärt, dass der Umfang der Teilantwort zeige, dass sich die Bezirksvertretung Mitte mit dem Thema Veranstaltungen im Innenstadtbereich beschäftigen müsse.

Herr Ridder-Wilkens erinnert daran, dass seine Fraktion einen Antrag gegen die Kommerzialisierung des Siegfriedplatz gestellt habe und diese Antwort mit Bezug zum Kesselbrink nichts zur Diskussion auf dem Siegfriedplatz beitrage.

Herr Henningsen spricht sich für eine koordinierende Stelle aus, da nicht jedes Amt auf seinen Bereich beschränkt Veranstaltungen genehmigen sollte.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Spindelbrunnen (Anfrage der CDU-Fraktion)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9807/2014-2020

Herr Tobien erklärt, dass die Antwort auf die Zusatzfrage aus Datenschutzgründen nur im nichtöffentlichen Teil gegeben werden könne und verliest sodann die Antworten des Immobilienservicebetriebes auf die Anfrage:

Text der Anfrage:
Wie ist der Sachstand?

Im Wege der Information und formellen Beteiligung (Anhörung) des Urheberrechtinhabers (Gesamtgestaltung der Fußgängerzone) wurde das Planungsbüro WES-Landschaftsarchitektur (Hamburg) als Rechtsnachfolger des ursprünglichen Preisträgerbüros Wehberg-Lange-Eppinger (Hamburg) von der geplanten Umgestaltung und Sanierung des Spindelbrunnens in Kenntnis gesetzt. Frau LA Wehberg-Krafft hat daraufhin Urheberrechte geltend gemacht. Der ISB hat daraufhin externen urheberrechtskompetenten Rechtsbeistand (Fachanwälte) eingeholt mit dem Ergebnis, dass die RA den Widerspruch der Büros WES gg. die städt. Lösung als gegenstandslos betrachten. Diese Rechtsauffassung wurde den Urheberechtinhabern schriftlich zugestellt. Das Büro WES hat auf dieses Schreiben nicht weiter reagiert. Nach einer angemessenen Wartefrist hat der ISB nach Rücksprache mit dem Rechtsbeistand beschlossen, das Projekt nun (ab November 2019) wieder zu bearbeiten und den durch den Widerspruch ausgelösten Planungsstopp aufzuheben. Das Bielefelder LA-Büro Peters+Winter nimmt zeitnah die bereits beauftragten Planungsarbeiten wieder auf und bereitet derzeit eine vorlagefähige Planung mit der Zusammenstellung der Planung, Mittelbedarfe und Termine vor. Sobald die Ausarbeitungen belastbar und präsentationsfähig sind, werden sie den Gremien entsprechend vorgestellt.

Text der Zusatzfrage:
Wie sieht der Vorschlag der Verwaltung zum Brunnenschutz aus?

Der Anlieferverkehr war in der Vergangenheit ein wesentlicher Grund für die Zerstörung des Brunnens. Die zurzeit erstellte Planung wird den Schutz der Brunnenanlage durch einen Anfahrerschutz aus massi-

ven Sitzbänken und ggf. zusätzlich erforderlichen Findlingen vorsehen (Planung ist noch nicht abgeschlossen). Zudem wird dem Anlieferverkehr durch eine seitliche Verschiebung des Brunnens in Zukunft mehr Raum zur Verfügung stehen.

Herr Meichsner sieht die Problematik, dass auf den Bänken sitzende Personen bei entsprechenden Windverhältnissen nass werden könnten.

Herr Gutknecht erklärt, dass er sich schon in der Vergangenheit gegen Bänke als Anfahrschutz ausgesprochen habe.

Herr Ridder-Wilkens erklärt, dass man die Bänke so stellen könnte, dass sitzende Personen nicht nass werden würden.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Vermehrtes Aufkommen von Ratten rund um den Kesselbrink (Anfrage der SPD-Fraktion)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9809/2014-2020

Herr Tobien erklärt, dass noch keine Antwort vorliege. Verschiedene Organisationseinheiten seien zu beteiligen und derzeit würde eine abgestimmte Stellungnahme zur nächsten Sitzung gefertigt.

Frau Rosenbohm weist darauf hin, dass nicht nur der Kesselbrink, sondern auch der Neumarkt betrachtet werden sollten.

Die Beantwortung wird auf die nächste Sitzung vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 4.4

Verkehrs- und Parksituation im Lenkwerk-Quartier / Hakenort (Anfrage der SPD-Fraktion)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9812/2014-2020

Text der Anfrage:

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, dem stark zugenommenen Parkdruck im Quartier Lenkwerk und rund um den Hakenort zu begegnen?

Zusatzfrage:

Sind Maßnahmen geplant, die kurz- und mittelfristig zu einer Entspannung vor Ort führen?

2. Zusatzfrage:

Sind Gespräche mit den Anliegern, z.B. den Betreibern des Lenkwerks, der Fachhochschule oder anderen Akteuren geführt worden, um eine Lösung zu finden?

Antwort des Amtes für Verkehr:

In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.10.2019 wurde die Erstellung eines Konzeptes für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) beschlossen. Darin enthalten sind, neben weiteren Bausteinen, auch ein Teilkonzept zum ruhenden Verkehr in Bielefeld. Dieses wird sowohl Maßnahmen für den Innenstadtbereich als auch auf gesamtstädtischer Ebene zur Regulierung und Steuerung des Parkens darlegen. Darin werden ebenfalls die von einer Mehrheit des Rates beschlossenen Inhalte zur Umsetzung der Verkehrswende vom 26.09.2019 berücksichtigt sowie Aussagen zum Bewohnerparken in Bielefeld getroffen. Die Erstellung des Konzeptes soll spätestens im Jahr 2021 abgeschlossen sein.

Kurzfristige Maßnahmen zur Regulierung des Parkens in dem Quartier Lenkwerk und rund um den Hakenort sind daher derzeit nicht vorgesehen.

Bisher sind mit den Anliegern und verschiedenen Akteuren im Quartier keine Gespräche bezüglich der Parksituation geführt worden.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.5

Gutachten der Beraterfirma PTV Group
(Anfrage der CDU-Fraktion)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9813/2014-2020

Text der Anfrage:

Aus welchem Grund hat die Verwaltung das Gutachten der Beraterfirma PTV Group nicht an die Politik weitergegeben? (Pressebericht NW v. 15.11.19)

Zusatzfrage:

Wie gedenkt die Verwaltung diesbezüglich fortzufahren?

Antwort des Amtes für Verkehr:

Das im Presstext erwähnte Gutachten existiert in diesem Kontext noch nicht. Der Presstext nimmt Bezug auf den Inhalt der nichtöffentlichen Informationstermine Ende September für die politischen Vertreter und der Interessenverbände.

Derzeit ist das komplette Gutachten (Nahverkehrsplan) in der Endphase des Entwurfes und wird den politischen Gremien im Anschluss der TöB-Beteiligung (Träger öffentlicher Belange) öffentlich zugänglich gemacht.

Herr Henningsen erklärt, dass er an der Veranstaltung teilgenommen habe und in dem Presseartikel mehr Informationen aufgeführt worden wären. Er müsse sich fragen, ob hier nicht Informationen bewusst der Politik vorenthalten würden.

Herr Ridder-Wilkens erklärt, dass die Verwaltung zum Pressebericht angesichts der enormen Summen hätte Stellung nehmen müssen. Zumindest Teilergebnisse müssten seiner Meinung nach in der Bezirksvertretung Mitte vorgelegt werden.

Herr Franz weist darauf hin, dass es zu dem Entwurf für den Nahverkehrsplan eine Informationsveranstaltung für alle zehn Bezirksvertretungen gegeben habe. Dort seien einige Aspekte dieses Gutachtens mit vorgestellt worden. Die hier im Raum stehenden Zahlen seien auf ein sogenanntes Maximal-Szenario bezogen gewesen. Somit seien die Informationen durchaus der Bezirksvertretung Mitte bekannt gegeben worden. Für Januar sei geplant, mit den Beratungen und Vorstellungen zum Nahverkehrsplan und damit zu den gutachterlichen Informationen zu starten.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Einschränkung der Baustelleneinrichtung Altstädter Kirchstraße (Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen und CDU)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9814/2014-2020

Herr Franz verliest den Antrag [Text s. Beschluss].

Herr Gutknecht spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung in sensiblen Bereichen der Innenstadt darauf hinwirken müsse, die Sperrungen durch Baustellenflächen so kurz wie möglich zu halten.

Herr Henningsen vertritt die Auffassung, dass die meisten Bauarbeiten in dem Bereich abgeschlossen seien und dort nur noch Bauschutt läge. Es müsse daher möglich sein, einen Durchgang frei zu räumen.

Herr Tobien informiert darüber, dass die Baustelleneinrichtung im Rahmen des Sicherheitskonzeptes für den Weihnachtsmarkt berücksichtigt worden sei.

Beschluss:

Der zuständige Dezernent wird gebeten darauf hinzuwirken, dass die Baustelleneinrichtung in der Altstädter Kirchstraße so schnell wie möglich so eingeschränkt wird, dass ein ungehindertes Passieren der Straße für Fußgängerinnen und Fußgänger möglich ist.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 **Absenkung Bordsteine Meinolfstraße / Ecke Am Großen Holz**
(Antrag der SPD-Fraktion)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9815/2014-2020

Herr Suchla begründet den Antrag [Text s. Beschluss] und betont, dass vor über einem Jahr in gleicher Sache ein Prüfauftrag gestellt worden sei, hierzu aber keine greifbaren Ergebnisse vorlägen. Der Bordstein müsse an der Stelle abgesenkt werden, an dem die Bewohnerinnen und Bewohner des gegenüberliegenden Altenheims die Straße queren würden.

Herr Tobien teilt für das Amt für Verkehr mit, dass bedingt durch die Auslastung geeigneter Straßenbauunternehmen die Maßnahme bisher nicht hätte umgesetzt werden können und nach einem Ortstermin am 26.11.2019 mit einem Bauunternehmer davon ausgegangen würde, die Bordsteinabsenkung noch im Dezember 2019 umsetzen zu können. Durch diese Information und Einschätzung des Amtes für Verkehr würde der Antrag aber nicht gegenstandslos.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Bordsteine am Meinolfmarkt, Ecke Meinolfstraße / Am Großen Holz, umgehend barrierefrei abzusenken.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 **Unerledigte Punkte der letzten Tagesordnung**

Zu Punkt 6.1 **Emissionsfreie Innenstadt (EFRE 2014-2020),**
Umbau Friedrich-Ebert-Straße zw. Herforder Straße und Kesselbrink

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9490/2014-2020

Drucksachenummer: 9490/2014-2020/1

Herr Lewald (Amt für Verkehr) verweist hinsichtlich der Frage von Herrn Meichsner aus der letzten Sitzung auf Seite 3 der ersetzenden Nachtragsvorlage. Dort würde darauf hingewiesen, dass nach dem derzeitigen Kenntnisstand sich alle unterirdischen Bauwerke unproblematisch in die Planung einfügten. Bei fortlaufenden Planungsstand würde eine Detailbetrachtung berücksichtigt werden. Zur Nachfrage von Frau Rosenbohm erklärt er, dass die Außengastronomie an den zwei bisherigen Stellen verbleiben könne, auch wenn der Radweg auf die andere Seite gelegt würde.

Herr Meichsner erklärt, dass die CDU-Fraktion gegen die Vorlage stimmen werde, da man einen Umbau erst dann für sinnvoll halte, wenn die Fortführung der Herforder Straße in Bezug auf die Planungen für den Jahnplatz eindeutig sei.

Herr Franz nimmt Bezug auf die Durchfahrtszahlen und erkundigt sich, insbesondere mit Blick auf Rückstaus, nach der Leistungsfähigkeit des Verkehrsknotenpunkts. Dazu erklärt Herr Lewald, dass nach jetziger Betrachtung durch die Neugestaltung des Jahnplatzes von einer Verringerung der Verkehrsstärke des motorisierten Individualverkehrs ausgegangen werde und eine entsprechende Leistungsfähigkeit bestünde.

Auf Rückfrage von Herrn Henningsen bestätigt Herr Lewald, dass der Verkehrsknoten nach Aussage von moBiel auch unabhängig vom Erreichen der Modal-Split-Ziele ausreichend leistungsfähig sei.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss:

- 1. Dem Umbau der Friedrich-Ebert-Straße zw. Herforder Straße und Kesselbrink entsprechend der Variante I (Radweg auf Hochbord) wird zugestimmt.**
- 2. Der Umbau des Knotenpunktes Herforder Straße/Friedrich-Ebert-Straße/Stresemannstraße erfolgt auf Basis der Variante I (2-streifiger Ausbau).**

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.2 BI - CYCLE Fahrradparkhaus unter dem Jahnplatz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9531/2014-2020

Drucksachennummer: 9531/2014-2020/1

Drucksachennummer: 9531/2014-2020/2

Herr Lewald (Amt für Verkehr) erläutert auf Bitte von Herrn Franz die Gründe für die zweite Nachtragsvorlage und verdeutlicht dabei die Unterschiede zur Ursprungs- und zur ersten Nachtragsvorlage. Er geht insbesondere darauf ein, dass sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite noch Änderungen vorzunehmen gewesen wären. In der zweiten Nachtragsvorlage sei nun die überarbeitete Kostenkalkulation für die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante S mit der Untervariante S2 dargestellt. Auf Rückfrage von Herrn Franz präzisiert er, dass nun mit einer reduzierten Anzahl an Stellplätzen geplant werde. Daher entfalle in der zweiten Nachtragsvorlage der Ankauf des kompletten Opitzkellers.

Herr Gutknecht erkundigt sich, ob berechnet worden sei, inwieweit ein Ankauf des kompletten Opitzkellers kostenneutral möglich wäre, wenn dadurch zusätzliche Einnahmen durch zusätzliche Abstellplätze generiert werden könnten.

Herr Henningsen sieht die gesamte Planung als verfehlt an und erklärt, dass trotz aller Neuberechnungen der finanzielle Aufwand nicht zu rechtfertigen sei. Trotz der in Aussicht stehenden Fördermittel für den Umbau

sei der Ankauf des Jahnplatzforums nicht förderfähig und müsse aus Mitteln der Stadt Bielefeld erfolgen. Es sei nicht davon auszugehen, dass es der Verwaltung zukünftig gelingen werde, für die Flächen in dem Jahnplatzforum leistungsfähige Mieter zu finden, da dies mit Blick auf die aktuelle Situation bereits dem jetzigen, privaten Betreiber nicht gelänge. Er gehe daher von einem jährlichen Defizit von 1,1 Mio. Euro aus, was nach Ablauf einer Ratsperiode praktisch erneut die kompletten Kosten bedeuten würde und sich weiter fortsetze.

Frau Rosenbohm erachtet es als inakzeptabel, dass bei einer so wichtigen Angelegenheit mit einem großen Finanzvolumen drei Tage vor der Sitzung zum zweiten Mal eine Nachtragsvorlage vorgelegt werde.

Herr Ridder-Wilkens geht auf die Antwort der Fachverwaltung [im Gremieninformationssystem einsehbar] zum Prüfauftrag aus der letzten Sitzung ein, nach der die Nutzung der Tiefgarage unter dem Neuen Rathaus nicht als Fahrradparkhaus in Betracht gezogen werden könne und erkundigt sich, ob nicht nur der Kauf des Opitzkellers als kleine Variante in Frage käme.

Herr Suchla erklärt für die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Mitte, dass zusätzliche Abstellmöglichkeiten für Fahrräder im Innenstadtbereich grundsätzlich begrüßt und gefordert würden. Allerdings bestünden erhebliche Zweifel, ob die Radfahrerinnen und Radfahrer ein Fahrradparkhaus im Jahnplatzforum tatsächlich nutzen würden. Er habe deutlich wahrgenommen, dass der Wunsch nach oberirdischen, kostenlosen Abstellmöglichkeiten vorhanden sei, aber praktisch niemand sein Rad unterirdisch und kostenpflichtig abstellen wolle. Hinzu käme, dass der Jahnplatz kein Verkehrsumsteigepunkt sei. Am Hauptbahnhof ergebe ein Fahrradparkhaus Sinn. Er habe den Eindruck, die Verwaltung lehne die auch von Herrn Ridder-Wilkens angesprochene kleine Opitzlösung ab, da die jetzigen Auf- und Abgänge zum Jahnplatzforum im Gegensatz zu den Rampen bei einer Umgestaltung des Jahnplatzes im Weg seien. Auch seien die Kosten schlicht zu hoch und erfahrungsgemäß würden geplante Baukosten eher noch steigen als sinken. Das in der Vorlage genannte Jahresdefizit von 0,9 Mio. Euro würde bei einer Bindungsfrist von nur 10 Jahren bereits neun Mio. Euro betragen. Zusammen mit den zusätzlichen Kosten für die Umgestaltung und den Ankauf komme er dann auf rd. 20 Mio. Euro und dies sei bei der Haushaltslage der Stadt Bielefeld „instinktilos“. Die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Mitte werde diesem „Millionengrab“ nicht zustimmen.

Herr Gutwald sieht durchaus Bedarf für Abstellmöglichkeiten am Jahnplatz. Auch in einem unterirdischen Fahrradparkhaus würden Räder abgestellt werden, wenn dies kostenlos sei. Eine zeitlich begrenzte kostenlose Abstellmöglichkeit stehe auch so in der Vorlage. Die zunächst überdimensionierte Planung sei nun reduziert und damit deutlich günstiger geworden. Auch sollte überprüft werden, ob zunächst die kleine Opitzlösung, praktisch als erstes Modul, in Frage käme. Unverständlich sei, dass einerseits vor einem halben Jahr der Klimanotstand ausgerufen worden sei und nun bei einem konkreten Projekt nicht konsequent in diesem Sinne gehandelt werde.

Herr Meichsner stimmt Herrn Suchla zu und fügt hinzu, dass beispielsweise auch für die Wissenswerkstatt jährlich eine Million Euro als Zuschuss einzuplanen seien. Er fragt, an welcher Stelle die Verwaltung Einsparungen vornehmen wolle, um das jährlich entstehende Defizit ausgleichen zu können bzw. welche Steuern und Gebühren erhöht würden.

Herr Gutknecht nimmt Bezug auf die Bau- und Unterhaltungskosten von Straßen und erklärt, dass vor diesem Hintergrund seine Fraktion für eine Gleichrangigkeit der Verkehrsteilnehmenden sei. In anderen Städten würden Fahrradparkhäuser gut angenommen und der Jahnplatz müsse sowohl ober- als auch unterirdisch stadtgestalterisch verändert werden. Wenn keine Veränderung vorangetrieben werde, bliebe es beim Status Quo, was ebenfalls nicht wünschenswert sei.

Herr Wolff stimmt Herrn Suchla zu und regt sodann an, unter der Voraussetzung vorhandener Finanzmittel zunächst das Jahnplatzforum zurückzukaufen und mit einem Ideenwettbewerb zu einer neuen Nutzung zu kommen.

Herr Ridder-Wilkens sieht die Kalkulation, insbesondere auf der Einnahmenseite, als zu optimistisch an. Auch eine dezentrale Planung sei für Fahrradabstellmöglichkeiten denkbar. Zu befürchten sei eine Investitionsruine, für die nie ein Ankermieter gefunden werden könne. Die Fraktion Die Linke werde daher gegen die Vorlage stimmen.

Herr Franz übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Langeworth und gibt eine persönliche Erklärung nach § 18 GeschORat ab:

In der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Mitte gibt es keine einheitliche Auffassung. Ich schätze die Pläne für ein Fahrradparkhaus im Jahnplatzforum anders ein, als das meine Genossinnen und Genossen tun. Aus Respekt vor meiner Mitte-Fraktion werde ich mich bei der Abstimmung enthalten. Ich bin der Meinung, dass das Fahrradparkhaus, auch mit der jetzt vorgenommenen Reduzierung des Volumens, ein innovatives neues Projekt ist, das man im Sinne eines Pilotprojektes in dieser Stadt installieren sollte. Es ist keine Bedingung für die Fördermittel, was den Umbau des Jahnplatzes oberirdisch angeht, aber es hilft maßgeblich, das Projekt zu befördern und mit Blick auf die Gestaltungshöhe halte ich es für sinnvoll, das Forum zu erwerben. Das Fahrradparkhaus ist ein Angebot an die Zukunft. Gegenwärtig kann man sich bei so etwas Neuem noch nicht vorstellen, dass es dort eine angemessene, ausreichende Nachfrage geben wird. Dennoch glaube ich, dass es an der Stelle eine Ergänzung und Komplettierung sein kann zu der geplanten oberirdischen Umgestaltung des Jahnplatzes, zu der es auch einen Grundsatzbeschluss gegeben habe. Daher gehe ich einen Sonderweg und werde mich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Franz übernimmt wieder die Sitzungsleitung und bittet Herrn Lewald, zu den Fragen und Wortbeiträgen Stellung zu nehmen.

Herr Lewald erinnert an die NO_x-Problematik am Jahnplatz und den Ratsbeschluss zur Mobilitätsstrategie vom März diesen Jahres. Der Radverkehr werde als große Chance für eine klimafreundliche Verkehrswende gesehen. Eine Steigerung des Radverkehrs mache zusätzliche Radabstellmöglichkeiten erforderlich. Bei einem Wettbewerb für innovati-

ve Bauprojekte habe die Stadt Bielefeld mit der Idee einer unterirdischen Fahrradgarage die Zustimmung erhalten. Den Planungen habe man ein Gutachten zugrunde gelegt, das den Bedarf an Abstellmöglichkeiten, insbesondere für hochwertige Fahrräder, belege. Der ausschließliche Ankauf des Opitzkellers als kostengünstigere Variante sei nicht geprüft worden, da die Maßnahme auch als Attraktivitätssteigerung für die Innenstadt gesehen werde. Der Umbau des Jahnplatzforums ermögliche es, die Abgänge zu verändern und so sei eine Neugestaltung der Oberfläche des Jahnplatzes und damit eine verbesserte Nutzung möglich. Zur Finanzierung verweise er auf die Aussage der Vorlage, wonach die Mittel im Rahmen des Haushaltsvollzuges bereitgestellt würden. Eine konkrete Maßnahme, die zur Einsparung dienen könnte, sei nicht bekannt.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte lehnt die Beschlussvorlage 9531/2014-2020/2 mit Mehrheit bei einer Enthaltung ab.

-.-.-

Zu Punkt 6.3

Sachstand Neumarkt

Herr Gutknecht stellt folgenden Ergänzungsantrag:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine geeignete Zufahrts- bzw. Ausfahrtssperre (Schranke oder Pömpel) für den Neumarkt zu installieren. Das System soll Eigentümerinnen und Eigentümern oder Zuliefernden den Zugang bzw. die Ausfahrt ermöglichen. Hierbei ist ein Ausfahrtchip oder -kartensystem zu favorisieren.

Herr Meichsner erkundigt sich, ob das in der letzten Sitzung angesprochene Schreiben des Légère Hotels inzwischen dem Amt für Verkehr vorläge.

Frau Weinhold geht auf die noch offenen Fragen aus der letzten Sitzung ein und erklärt, dass ein Schreiben des Légère Hotels bisher nicht dem Amt für Verkehr zur weiteren Bearbeitung übergeben worden sei. Da das Gestaltungselement der Tanzschritte erst bei besseren Witterungsverhältnissen im Frühjahr 2020 angebracht werden könne, bestünde ein ausreichender Entscheidungszeitraum. Die Bezirksvertretung Mitte werde rechtzeitig involviert. Die offizielle Zuwegung zum Neumarkt sei die Zufahrt aus Richtung der Kavalleriestraße. Die von Herrn Meichsner in der letzten Sitzung angesprochene Pforte sei eine Ausfahrt neben dem Légère Hotel und auf privatem Gelände, also ohne Einflussmöglichkeiten der Stadt. Zudem gäbe es eine kleine Metalltür, welche ebenfalls ausschließlich dem Légère Hotel zur Verfügung stünde. Eine Geldzahlung des Légère Hotels in Höhe von 24.800,- € für einen Spielplatz sei im Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. III/3/67.01 „Hotel, Wohn- und Geschäftshaus am Neumarkt“ vereinbart worden und sei, resultierend aus dem zusätzlichen Bedarf an Spielplatzflächen durch die neue Wohnbebauung. Die Summe solle zur Aufwertung des Spielangebotes im Wohnumfeld dienen. Die Realisierung obliege dem Umweltbetrieb, Geschäftsbereich Stadtgrün und Friedhöfe. Aller-

dings sei eine Zahlung bisher nicht erfolgt. Der Immobilienservicebetrieb habe dem Amt für Verkehr mitgeteilt, dass mit diesen Mitteln der Spielplatz in der nahen Brandenburger Straße aufgewertet werden solle, da eine Verwirklichung auf dem Neumarkt nicht realisierbar sei. Um Synergieeffekte nutzen zu können, erfolge die Aufwertung zusammen mit der Umgestaltung des nahen Nelson-Mandela-Platzes. Die angebrachten Sitzgelegenheiten aus Stahlrohr seien durch die BV Mitte am 06.10.2016 in der Beschlussvorlage des Bauamtes 3746/2014-2020 beschlossen worden. Auf Seite zehn der umfangreichen Anlagen zur Beschlussvorlage sei mit entsprechendem Bild der Metallsitz als Produktvariante „Flair Chair“ vorgestellt.

Herr Henningsen beantragt, mit einem Beschluss die Verwaltung aufzufordern, das Schreiben des Légère Hotels dem Amt für Verkehr zur Kenntnis zu geben. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen solle zurückgestellt werden, bis das Amt für Verkehr zu dem Schreiben Stellung genommen habe.

Herr Kleinekathöfer erachtet alle Diskussionen als zweitrangig, solange der Neumarkt de facto als Parkplatz fungiere. Zuerst sei das wilde Parken effektiv zu unterbinden, danach könne man über die Platznutzung bzw. -gestaltung sprechen.

Herr Meichsner ergänzt den Antrag von Herrn Henningsen dahingehend, dass das Schreiben auch der Bezirksvertretung Mitte zur Kenntnis gegeben werden solle.

Herr Gutknecht erklärt, dass er mit Blick auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit diesem Verfahren einverstanden sei.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, das angesprochene Schreiben des Hotels dem Amt für Verkehr zur Kenntnis zu geben, so dass zu diesem in der nächsten Sitzung eine Stellungnahme vom Amt für Verkehr abgegeben werden kann. Bis dahin wird der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgestellt. Ergänzend bittet die Bezirksvertretung Mitte um Aushändigung dieses Schreibens.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 7 Anträge nach § 24 GO

Zu Punkt 7.1 Radstation

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9100/2014-2020/1

Über die Bürgereingabe hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschluss:

Die Anregungen werden an die entsprechenden Planungsabteilun-

gen mit der Bitte weitergegeben, diese zu berücksichtigen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7.2 Geplante Verkehrsführung am Emil-Groß-Platz

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9536/2014-2020/1

Herr Henningsen regt an, im Beschluss festzuhalten, dass es für die Bezirksvertretung Mitte selbstverständlich sei, Behindertenparkplätze - auch wenn sie an dieser Stelle nicht mehr realisiert werden sollten - nicht ersatzlos zu streichen, sondern an anderer Stelle wieder einzurichten.

Beschluss:

- 1. Sollten die Behindertenparkplätze nach der Umgestaltung am Emil-Groß-Platz nicht an gleicher Stelle realisiert werden können, ist an anderer Stelle Ersatz zu schaffen.**
- 2. Die Anregungen werden an die entsprechenden Planungsabteilungen mit der Bitte weitergegeben, diese zu berücksichtigen.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8 Umgestaltung des Jahnplatzes

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9764/2014-2020

Herr Franz erklärt, dass die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen jeweils Fragen, Änderungs- und Ergänzungsanträge [im Gremieninformationssystem einsehbar] gestellt hätten und bittet Herrn Gutknecht, Herrn Suchla und Herrn Meichsner als Fraktionsvorsitzende, diese vorzustellen.

Herr Ridder-Wilkens nimmt anschließend Bezug auf die Vielzahl der soeben vorgestellten Änderungs- und Ergänzungsanträge und erklärt, dass seine Fraktion diese konsequent ablehnen werde. Es bestünde keine Zeit bzw. Möglichkeit, sich jetzt sofort mit mehr als 20 verschiedenen Punkten inhaltlich auseinander zu setzen und abzustimmen. Für seine Fraktion bleibe ein autofreier Jahnplatz das Ziel. Die vorgelegte Planung überzeuge nicht. Entfernungen von über 200 Metern zwischen Bushaltestellen könnten beispielsweise nicht als attraktiver ÖPNV bezeichnet werden. Zunächst sei ein Ratsbeschluss zum Jahnplatzumbau abzuwarten. Verbesserungsvorschläge zur Planung könnten dann immer noch diskutiert und beschlossen werden. Seine Fraktion werde heute gegen die Verwaltungsvorlage und sämtliche Änderungs- und Ergänzungsanträge stimmen.

Zunächst lässt Herr Franz darüber abstimmen, ob die Drucksachenummer 9764/2014-2020 zur Kenntnis genommen oder ob zusätzlich zu den nachfolgend zu beschließenden Punkten auch über die Verwaltungsvorlage abgestimmt werden soll.

Beschluss zum Verfahren:

Die Bezirksvertretung Mitte stimmt über die Verwaltungsvorlage ab.

- mit Mehrheit beschlossen -

Sodann fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

1. **Der in der Vorlage dargestellten Entwurfsplanung wird zugestimmt.**

- mit Mehrheit beschlossen -

2. **Darüber hinaus empfiehlt die Bezirksvertretung Mitte dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Rat der Stadt Bielefeld für die weitere Planung folgende Punkte:**

- 2.1 **Der Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger im Bereich der Bushaltestellen ist Priorität vor dem Radverkehr zu geben.**

- mit Mehrheit beschlossen -

- 2.2 **Die beiden elipsenartigen nord-/ südlichen Querungsfahrten westlich und östlich der Hauptfußgängerführung sind für Radfahrende zu signalisieren.**

- mit Mehrheit beschlossen -

- 2.3 **Bei der Neuordnung der Bushaltestellen sind die Belange der Fahrgäste stärker zu berücksichtigen (Verbesserung der Sicherung der Fahrgäste beim Ein- und Ausstieg; Attraktivierung der Umsteigevorgänge zwischen Bussen untereinander und zwischen den Stadtbahnen und Bussen).**

- mit Mehrheit beschlossen -

- 2.4 **Von einer durchgängigen Komplettspernung des Jahnplatzes für den Individualverkehr für die Bauphase von mindestens zwei Jahren ist abzusehen. Für die Bauphasezeit ist nicht nur für die Busse eine Durchfahrt sicherzustellen, sondern dass ebenso die verkehrliche Erschließung der Geschäftszonen wie auch die der Parkhäuser gewährleistet ist.**

- mit Mehrheit beschlossen -

2.5 Es wird empfohlen, aus Vertretern des Einzelhandels, der Verwaltung und der Stadtwerke Bielefeld eine Arbeitsgruppe zu bilden, zu der bei Bedarf Grundstückseigentümer, Mieter, weitere Versorgungsträger, Vertreter des Taxengewerbes etc. zugeladen werden können. Die zuständigen Gremien sind regelmäßig über Protokolle zu informieren.

- mit Mehrheit beschlossen -

2.6 Die Auswirkungen der Jahnplatzplanung sind sowohl auf die direkt auf den Jahnplatz zuführenden Straßen, als auch auf das innerstädtische Verkehrsnetz unter Einschluss der Fußgängerverkehre umgehend zu untersuchen und darzustellen.

- mit Mehrheit beschlossen -

2.7 Bei der Pflasterung sind die Empfehlungen der Bezirksvertretung vom März 2019 zu beachten. Darüber hinaus wird die geplante Anlage von Hochbeeten wegen ihrer Barrierewirkung abgelehnt.

- mit Mehrheit beschlossen -

2.8 Die Verlagerung der Uhr ist zu begründen und auf die umgebenden Sitzplätze ist zu verzichten.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

2.9 Das Lichtkonzept und das Werbekonzept für den neugestalteten Jahnplatz sind vorzustellen.

- mit Mehrheit beschlossen -

2.10 Auf die geplante Inanspruchnahme von Flächen des Alten Friedhofes ist zu verzichten.

- bei Stimmgleichheit und zwei Enthaltungen abgelehnt -

2.11 Die Darstellung der Versorgungsanschlüsse und Fluchtwege hat umgehend zu erfolgen.

- mit Mehrheit beschlossen -

3. Ferner empfiehlt die Bezirksvertretung Mitte dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Rat der Stadt Bielefeld, die Verwaltung zu beauftragen, folgende Punkte zu prüfen:

3.1 Ob die Spindel später realisierbar ist;

3.2 Ob die Spindel verschoben werden kann, zum Beispiel unter die Fahrbahn;

3.3 Ob eine Verlagerung des Kioskstandortes ohne dessen Erwerb möglich ist.

- mit Mehrheit beschlossen -

4. Darüber hinaus empfiehlt die Bezirksvertretung Mitte
 - 4.1 Auf die Gesteinsriffelung an den Fahrradstreifen soll verzichtet werden.
 - 4.2 Mögliche Außengastronomiebereiche sind darzustellen.
 - 4.3 Eine beratungsfähige Beschlussvorlage zu den Umleitungsmaßnahmen ist rechtzeitig vorzulegen. In der Vorlage sind auch deren Auswirkungen auf die erweiterte Innenstadt darzustellen. Außerdem ist sicherzustellen, dass vor dem Jahnplatzumbau die laufenden Großbaustellen abgeschlossen sind und in diesem Zeitraum keine neuen Großbaustellen im Einzugsbereich der Umleitungsstrecken eingerichtet werden.

- mit Mehrheit beschlossen -

Es wird darum gebeten, die in der Diskussion von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgebrachten Fragen

- Sind bei den neu gestalteten Treppenanlagen die Belange der mobilitätseingeschränkten Personen berücksichtigt?
- Wird für sehbehinderte Personen über das Leitsystem eine Orientierungshilfe (Plan, etc.) angedacht?
- Wird es einen Orientierungsplan für Bereiche des gesamten Citykerns geben?
- Sieht die Verwaltung bei einer jetzigen Realisierung der XS Variante die Möglichkeit, bei Bedarfsnachfragen in späterer Zeit diese zu einer V2 Variante zu erweitern?

bis zu Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.12.2019 zu beantworten.

Zu Punkt 9

Zentrumsnahe Haltestelle für Fernreisebusse

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9766/2014-2020

Herr Franz teilt mit, dass zwei Fraktionen im Vorfeld erste Lesung beantragt hätten und er stelle fest, dass die Bezirksvertretung Mitte damit einverstanden sei.

Herr Gutknecht bedauert, dass trotz Nachfrage kein Plan vorläge, der ein größeres Umfeld abbilde. Die der Vorlage beigefügte Sicht ausschließlich auf die Joseph-Masolle-Straße erschwere es, die Folgen der geplanten Änderung der Verkehrsführung für die umliegenden Straßen abzuschätzen.

Herr Ridder-Wilkens verweist auf einen Prüfantrag im Stadtentwicklungsausschuss und erklärt, dass mit einer ersten Lesung zunächst die Entscheidung im Stadtentwicklungsausschuss abgewartet werden könne.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in erster Lesung behandelt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Herr Franz übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Gutwald.

Zu Punkt 10 Sachstand Radschnellweg

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9735/2014-2020

Herr Meichsner fragt nach, ob geplant sei, den Radschnellweg über den umgestalteten Jahnplatz zu führen, da die Verwaltung dann in der Vorlage hätte deutlich machen müssen, dass die Flächenaufteilung von der Errichtung eines Radschnellweges abhängig ist.

Herr Lewald (Amt für Verkehr) bestätigt, dass derzeit überlegt werde, den Radschnellweg über den Jahnplatz zu führen. Die Landesregierung habe signalisiert, dass für den Innenstadtbereich auf einer bestimmten Länge des Radweges Ausnahmen von den zu erfüllenden Kriterien für die Einstufung als Radschnellweg möglich seien. Die abschließenden Prüfungen seien noch nicht erfolgt.

Herr Henningsen spricht die bereits existierenden Bedenken an, wie Fuß- und Radverkehre auf dem zukünftigen Jahnplatz kollisionsfrei geführt werden sollten. Die Führung eines Radschnellweges über die Verkehrsfläche des Jahnplatzes werde zu einem „absoluten Chaos“ führen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11 Neuregelung der Verkehrsführung in der Falkstraße im Kreuzungsbereich mit Turnerstraße und Körnerstraße - Stadtbezirk Mitte -

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9475/2014-2020

Herr Gutwald erklärt, dass sich die Fraktionsvorsitzenden, Einzelvertreter und stellv. Bezirksbürgermeister bei der Vorbesprechung der heutigen Sitzung darauf verständigt hätten, diese Vorlage zunächst zurück zu stellen und zusammen mit einer Vorlage zu beraten, die die Umleitungsverkehre während der Zeit der Jahnplatzumgestaltung beinhalte. Er stelle fest, dass die Bezirksvertretung Mitte mit dieser Vorgehensweise einverstanden sei.

Beschluss:

- Die Bezirksvertretung Mitte stellt die Beratung der Vorlage zurück -

-.-.-

Herr Franz übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Zu Punkt 12 Vorstellung der verwaltungsseitig bislang erarbeiteten Erkenntnisse bezüglich der straßenbezogenen Überprüfung von Ungereimtheiten innerhalb des aktuellen „Parkzonenkonzepts“ (Auf Antrag der CDU-Fraktion auf die Tagesordnung genommen)

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 14.03.2019 eine Änderung der Parkgebührenordnung beschlossen und gleichzeitig die Verwaltung beauftragt, bis Herbst 2019 einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Bewirtschaftung der Parkzonen, in denen Parkgebühren erhoben werden, weitestgehend vereinheitlicht werden kann (Drucksachennummer 7286/2014-2020/1).

Zur Umsetzung der im Rat beschlossenen Mobilitätsstrategie hat der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 29.10.2019 die Erstellung eines MIV-Konzeptes beschlossen (Drucksachennummer 9149/2014-2020). Dieses wird auch ein Teilkonzept „Ruhender Verkehr“ enthalten. In diesem werden zum einen konzeptionelle Überlegungen für den zentralen Innenstadtbereich als auch ein übergreifendes gesamtstädtisches Konzept zum Parken angestellt. Auch die im Ratsbeschluss zur Verkehrswende vom 26.09.2019 aufgeführten Aspekte zum Parken und zur Parkraumbewirtschaftung werden in diesem Konzept berücksichtigt - ebenso wie die angestrebte Harmonisierung der Parkraumbewirtschaftung(szonen). Ein isoliertes Vorziehen entsprechender Überlegungen zur Harmonisierung sollte daher nicht erfolgen.

Herr Meichsner erklärt, dass in einer Arbeitsgruppe von der Verwaltung zugesichert worden sei, während der Sommerpause zu klären, wo Gegensätzlichkeiten bestünden. Er sieht hinsichtlich der Abgrenzung der Parkzonen im Stadtbezirk Mitte die Bezirksvertretung und nicht den Rat als entscheidungsbefugtes Gremium und möchte wissen, wie der Bearbeitungsstand der an die Verwaltung erteilten Arbeitsaufträge sei.

Herr Franz stellt klar, dass es keine „Arbeitsgruppe Parkzonen“ gegeben habe. Der Anlass sei ein Arbeitstreffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bezirksvertretung Mitte und dem Amt für Verkehr im Zusammenhang mit der Satzungsänderung zum Handyparken gewesen. Dabei sei festgestellt worden, dass es für den Innenstadtbereich und die Altstadt über 20 unterschiedliche Regelungen gebe. Um das Verfahren zur Anpassung der Parkgebührensatzung für das Handyparken nicht aufzuhalten, habe man es mitgetragen, aber darum gebeten, eine Übersicht der Zonen und einen Vorschlag zu einer Vereinheitlichung zu erarbeiten. An dieser Sachlage ändere auch der Prüfauftrag des Rates mit Blick auf ein gesamtstädtisches Verkehrskonzept nichts. Wer später die Bewirtschaftung übernehme, könne jetzt noch dahin gestellt bleiben. Zunächst müssten

die einzelnen Zonen vorgestellt und ein Vorschlag zur Vereinheitlichung gemacht werden.

Herr Lewald (Amt für Verkehr) stimmt Herrn Franz weitgehend zu und erklärt, dass das Amt für Verkehr dem Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses dahingehend verstanden habe, dass auch diese Fragen dann im Rahmen dieser Untersuchung abgehandelt würden. Mit Blick auf die heutige Klarstellung sagt er zu, in Kürze in der Bezirksvertretung Mitte zu den Parkzonen und einer möglichen Vereinheitlichung zu berichten.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 13

Luttergrünzug – Lutterpark, Neugestaltung eines Jugendortes an der Heeper Straße entlang des Bahndammes

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9758/2014-2020

Herr Franz teilt mit, dass sich die Fraktionen im Vorfeld auf eine erste Lesung der Vorlage verständigt hätten. Der Umweltbetrieb habe allerdings empfohlen, bereits heute einen Beschluss zu fassen, da ansonsten die Fristen für die Inanspruchnahme von Fördermitteln nicht eingehalten werden könnten. Er bittet Herrn Richard (Umweltbetrieb) und Herrn Kortemeier (Landschaftsarchitektenbüro Kortemeier Brokmann), dies näher zu erläutern.

Frau Mertelsmann bittet darzulegen, wie dieser Zeitdruck entstanden sei. Bislang seien keine Pläne zum Jugendort in der Bezirksvertretung Mitte vorgestellt worden, dennoch solle heute eine nachträglich zugesandte Vorlage beschlossen werden. Der mögliche Verlust von Fördermitteln sei als Begründung inakzeptabel, da ausreichend Zeit bestanden hätte, die Bezirksvertretung Mitte frühzeitig zu informieren.

Herr Meichsner erklärt für die CDU-Fraktion, dass man die Entscheidung über eine erste Lesung von den Argumenten der Verwaltung abhängig mache. Er zieht Vergleiche zur Beschlussfassung über die Ausgestaltung des Parks der Menschenrechte und erklärt, dass er nicht bereit sei, hier erneut unter Zeitdruck eine Entscheidung ohne ausführliche Diskussion und Beratung zu treffen.

Herr Richard erklärt, dass die Maßnahme mit KomInvest-Mitteln durchgeführt werden solle und bis Ende 2020 fertig gestellt sein müsse. Sofern heute kein Beschluss gefasst werde, sei die Realisierung nicht mehr zu schaffen. Die Vergabeverfahren würden einen gewissen Zeitraum benötigen und auch der Bauvergabeausschuss (Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb) sei aufgrund des Bauvolumens zu beteiligen. Zur Nachfrage von Frau Mertelsmann erklärt er, dass aufgrund interner Abstimmungsprobleme die Bezirksvertretung Mitte nicht eher hätte informiert werden können. Die Idee eines Jugendortes im Luttergrünzug sei Teil der Vorstellung des Lutterrahmenkonzepts im Jahr 2017 gewesen. Sodann zeigt er anhand eines Plans die Lage des Jugendortes.

Herr Franz nennt es nicht nachvollziehbar, dass der Betriebsausschuss

Immobilienervicebetrieb am 14.01.2020 tage, die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Mitte bereits kurz darauf am 23.01.2020 stattfände und trotzdem heute ein Beschluss gefasst werden solle. Es könnte daher mit einem Vorbehaltsbeschluss gearbeitet werden.

Herr Langeworth nimmt Bezug auf eine Informationsveranstaltung für die Anwohnerinnen und Anwohner des Luttergrünzuges, die vom Umweltbetrieb und vom Umweltamt vor drei Wochen durchgeführt worden sei. Bereits dort seien die in der heute zu beratenden Vorlage abgedruckten Lagepläne und die Planung vorgestellt worden. Nach seiner Wahrnehmung wäre bei den Anwohnerinnen und Anwohnern „die Planung durchgefallen“, was sich ebenso in der Berichterstattung in der Lokalpresse wiederfände. Obwohl gegen zahlreiche, wesentliche Punkte der Planung von den Anwohnerinnen und Anwohnern Einwände und Bedenken geäußert worden seien, würde heute die Planung unverändert vorgelegt. Ein Protokoll der Veranstaltung läge der Bezirksvertretung Mitte nicht vor. Die Anwohnerinnen und Anwohner hätten Alternativen mit ihren Vorschlägen unterbreitet, die in der Vorlage nicht erwähnt würden. Dies sei nicht vermittelbar und unter dem nun zusätzlich genannten Zeitdruck könne dieser Vorlage heute nicht zugestimmt werden.

Herr Ridder-Wilkens erklärt für die Fraktion Die Linke, dass man der in der Vorlage beschriebenen Planung zustimmen könne und keine erste Lesung für erforderlich halte.

Herr Suchla sieht die Notwendigkeit, sich noch einmal ausführlich ohne Zeitdruck mit den Planungen zu befassen und erkundigt sich, ob eine Sondersitzung vor der Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienervicebetrieb am 14.01.2020 eine Möglichkeit wäre, noch fördermittelunschädlich zu handeln.

Herr Henningsen setzt voraus, dass im Fall einer Sondersitzung das Protokoll der Informationsveranstaltung vom 06.11.2019 den Mitgliedern der Bezirksvertretung Mitte zur Verfügung gestellt werde.

Herr Franz fügt hinzu, dass dies als Anlage zur Vorlage erfolgen könne, ergänzt um eine Stellungnahme der Verwaltung zu den geäußerten Ideen der Anwohnerinnen und Anwohner. Auch müsse die Vorlage rechtzeitig zugehen, damit noch die Möglichkeit besteht, Änderungsanträge zu stellen.

Nachdem sich die Bezirksvertretung Mitte mit großer Mehrheit auf eine erste Lesung und eine eventuelle Sondersitzung vor der Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienervicebetrieb verständigt hat, stellt Herr Kortemeier mit einer Computerpräsentation [im Gremieninformationssystem einsehbar] die Planung vor.

Herr Meichsner bittet festzuhalten, dass die Bezirksvertretung Mitte bisher keine Ausführungsplanung bekommen habe. Wie auch bei der Umgestaltung des Parks der Menschenrechte läge kein Gesamtplan vor. Ohne Kenntnis über die Planungen für den unteren Teil werde er den Planungen für den oberen Teil nicht zustimmen. Der Luttergrünzug sei als Einheit zu sehen. Er möchte wissen, wie die Gesamterschließung erfolge und wie eine Finanzierung von Teilen durch den Verein Pro Lutter erfolge. Die Frage nach der Finanzierung aus unterschiedlichen Förderöpfen sei auch in der Informationsveranstaltung gestellt worden und er

hätte dazu heute eine Antwort erwartet. Es müsse dargestellt werden, was geplant und beantragt sei und wofür dann von wem Zuschüsse erwartet werden könnten. Für den Bereich Bahnlinie bis Teutoburger Straße erwarte er eine Zeitplanung, wann die Maßnahmen vorgestellt würden.

Herr Suchla fragt nach, was aus den Anregungen der Informationsveranstaltung übernommen worden sei.

Herr Kortemeier beschreibt den Wunsch nach Sauberkeit, der sich mit mehr Mülleimern und seitens der Stadt mit verstärkten Reinigungszyklen in der Planung wiederfände. Ebenso sei gewünscht worden, den Großbaumbestand mit einzubeziehen und die Planung sehe vor, einen Großteil des Bestandes zu erhalten. Auch würden dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger folgend die noch gut erhaltenen Spielgeräte weiterverwendet werden.

Herr Richard antwortet zur Nachfrage von Herrn Meichsner nach der zukünftigen Planung, dass heute zunächst nur der Jugendort vorgestellt worden sei, da hier der Zeitrahmen für die Inanspruchnahme von Fördermitteln der kürzeste sei. Der komplette Grünzug zwischen Teutoburger Straße und Bahndamm werde nicht neugestaltet werden können, da dafür keine Mittel zur Verfügung stünden. Für drei Teilbereiche gebe es konkrete Planungen. Dies wären einmal der Auftaktbereich an der Teutoburger Straße mit dem Regenrückhaltebecken, der Bereich um die Hammer Mühle und der Jugendort. Das gesamte Areal sei einmal überplant worden, um aufzuzeigen, wie die Neuverbindung dieser notwendigen Verschwenkung für die Erlebbarkeit der Lutter aussehe. Für den zweiten Bauabschnitt als erheblichen Eingriff in die Böschungssituation der Lutter sei mindestens ein Plangenehmigungs- oder sogar ein Planfeststellungsverfahren notwendig. Dafür habe man aber mehr als ein Jahr Zeit und würde die Bezirksvertretung Mitte eng einbinden. Auch für die anderen beiden Bereiche habe man mehr Zeit und würde diese in Einzelsitzungen vorstellen. Die Finanzierung für den Jugendort erfolge zu 90% aus KomInvest-Mitteln und zu 10% aus Mitteln des Generotzky-Nachlasses. Eine Neuinvestition der Stadt Bielefeld gebe es also nicht.

Herr Meichsner geht davon aus, dass den beantragten Mitteln zumindest ein Konzept zugrunde liegen müsse, um darzulegen, welche Maßnahmen mit diesen Mitteln abgedeckt werden könnten. Daher fordere er einen gesamten Detailplan. Auch würde der Beschluss zur Lampengestaltung in Grünanlagen bei dieser Planung nicht umgesetzt. Dies müsse begründet werden. Ihm sei gesagt worden, dass die Mittel aus dem Generotzky-Nachlass bereits im letzten Jahr vollständig ausgekehrt worden seien.

Herr Franz bittet zur Sondersitzung die Frage der Beleuchtung zu klären. Auch die Option des zweiten Bauabschnitts mit der Umgestaltung der Böschung sollte verdeutlicht werden, da sich die Beschlussfassung nur auf den ersten Bauabschnitt beziehe.

Herr Langeworth ergänzt, dass auch alternative Wegführungen darzustellen seien, da dies ein großes Thema bei der Informationsveranstaltung gewesen sei.

Auf Nachfrage von Frau Krüger bestätigt Herr Kortemeier, dass das

Kleinspielfeld des Jugendortes eine Umsetzung des Antrages der Fraktion Die Linke sei, einen Bolzplatz zu errichten.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in erster Lesung behandelt. Im Vorfeld der BISB-Sitzung am 14.01.2020 kann eine Sondersitzung zu dieser Vorlage stattfinden. Die Verwaltung wird gebeten, die Hinweise aus dem Bürgergespräch zu diesem Teil des Luttergrünzugs und eine eventuelle Bewertung als Anlage zu der Vorlage zu erstellen.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14

Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. III/3/103.00 „Gewerbegebiet westlich Am Stadtholz und südlich Werkering (Teilbereich A), östlich Am Stadtholz und nördlich Hakenort (Teilbereich B)“ für ein Gebiet südlich der Eckendorfer Straße, westlich der Kreuzung Petristraße/ Hakenort, nordwestlich der Leibnizstraße und nordöstlich eines Autohauses

- Stadtbezirk Mitte -

- Aufstellungsbeschluss

- Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9633/2014-2020

Herr Meichsner erklärt, dass die CDU-Fraktion die Umwidmung eines Industriegebietes kritisch sehe. Das neu zu schaffende Gewerbegebiet schaffe noch zusätzliche Ausschlüsse und es sei zu bedenken, dass sich die Regulierungen negativ auf die Produktionsanlagen der Firma Stockmeier auswirken könnten. Die CDU-Fraktion werde sich enthalten.

Herr Franz verweist darauf, dass die Herabstufung von Industrie- auf Gewerbegebiet erfolge, weil keine Industrie dort mehr angesiedelt werden könne.

Herr Suchla gibt zu bedenken, dass die Umwandlung zu einem Gewerbegebiet mehr Verkehre erzeuge und den Parkdruck im Quartier weiter erhöhen könnte.

Herr Franz schlägt vor, die Hinweise auf mögliche negative Konsequenzen durch die Einschränkungen durch Gewerbenutzung und die sich verändernde verkehrliche Situation mit Blick auf den Parkdruck im Quartier zur Prüfung ins Verfahren zu geben und über die Verwaltungsvorlage abzustimmen.

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. III/3/103.00 „Gewerbegebiet westlich Am Stadtholz und südlich Werkering (Teilbereich A), östlich Am Stadtholz und nördlich Hakenort (Teilbereich B)“ für ein Gebiet südlich der Eckendorfer Straße, westlich der Kreuzung Petristraße/ Hakenort, nordwestlich der Leibnizstraße und nordöstlich eines Autohauses ist im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) neu aufzustellen. Für die genaue Abgrenzung des Plangebietes ist die im Vorentwurf des Nutzungsplanes eingetragene „Grenze des räumlichen Geltungsbereiches“ verbindlich.
2. Für die Aufstellung des Bebauungsplanes ist die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung durchzuführen.
3. Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung werden gemäß den in der Anlage C enthaltenen Ausführungen festgelegt.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15

Planungs- und Umsetzungsstand der neuen Kita-Standorte in Bielefeld

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9673/2014-2020

Herr Langeworth vermisst in der Vorlage konkrete Aussagen zu vier der geplanten Standorte. Wie bereits in den Jahren zuvor sehe er die dringende Notwendigkeit, zu einer zügigen Umsetzung zu kommen.

Frau Krüger begrüßt, dass die KiTa im Bereich Stauteiche nun gebaut werde und die Zielquote für die Versorgung mit U3 Plätzen sukzessive auf 50% angehoben werde.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt den Planungs- und Umsetzungsstand der sie betreffenden neuen Kita-Standorte zur Kenntnis, stimmt den ihren Stadtbezirk betreffenden Standortvorschlägen zu und fordert die Verwaltung auf, die Realisierung zügig voranzutreiben.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der

Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 16.1 Zum Parkverbot in der Finkenstraße

Das Amt für Verkehr teilt zum beschlossenen Antrag (Drucksachenummer 9561/2014-2020) mit:

Text des Beschlusses:

Die Verwaltung wird gebeten, in der Finkenstraße, in dem Bereich zwischen der Eckendorfer Straße und der Straße Am Finkenbach, ein Parkverbot für LKW einzurichten.

Bereits am 07.10.2019 wurde das Amt für Verkehr (660.24) auf die Situation in der Finkenstraße durch einen Bürger hingewiesen. In einer gemeinsamen Betrachtung der örtlichen Situation und einem Gespräch mit Anwohnerinnen und Anwohnern wurde zusammen mit der Polizei und dem Baulastträger festgestellt, dass in der Finkenstraße im Bereich Hausnummer 50 bis Eckendorfer Straße ein absolutes Haltverbot einzurichten ist.

So ist zu verhindern, dass parkende Fahrzeuge (PKW und LKW) den fließenden Verkehr, insbesondere den Begegnungsverkehr, behindern und gefahrenträchtige Situationen begünstigen.

Daher wurde am 25.10.2019 ein absolutes Haltverbot angeordnet. Es ist davon auszugehen, dass die Beschilderung noch in 2019 erfolgt.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 16.2 Prüfauftrag DSN 7548 Fußweg Bernhard-Kramer-Straße

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Das zu prüfende Gebiet für den Fußweg zwischen der Bernhard-Kramer-Straße und Bleichstraße liegt innerhalb eines rechtsverbindlichen Bebauungsplanes III/04.01. In diesem Bereich ist lt. dem Bebauungsplan keine Wegeverbindung vorgesehen. Die für eine Wegeverbindung benötigten Teilflächen, zwischen der Bernhard-Kramer-Straße und der Bleichstraße, befinden sich im Eigentum einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft und im Privateigentum. Bei einer Ortsbesichtigung wurde festgestellt, dass zwischen den Häusern der Bernhard-Kramer-Straße und der Bleichstraße starker Bewuchs (Bäume und Heckenbepflanzung) vorhanden ist. Bei der Anlegung eines Fußweges müsste diese Bepflanzung beseitigt werden. Das Amt für Verkehr hat den Immobilienservicebetrieb beauftragt, die Eigentümer zu kontaktieren, ob sie einem Wegerecht für eine fußläufige Verbindung zustimmen würden bzw. sich grundsätzlich eine Wegeverbindung vorstellen können. Nach den vorliegenden Rückmeldungen steht die Fläche für eine Wegeverbindung nicht zur Verfügung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 16.3 Sondermittel

Herr Franz teilt mit, dass nach Versand der Einladung noch verschiedene Anträge auf Sondermittel eingegangen und an die Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte weitergeleitet worden seien. In der Vorbesprechung zur Sitzung mit den Fraktionsvorsitzenden, Einzelvertretern und stellv. Bezirksbürgermeistern habe man einen Vorschlag erarbeitet, in welcher Höhe die noch zur Verfügung stehenden Sondermittel zugeteilt werden könnten.

Herr Bevan erklärt, dass er befangen sei und daher an der Beschlussfassung zur Vergabe von Sondermitteln an den 1. AFC Bulldogs Bielefeld nicht mitwirken werde.

Sodann lässt Herr Franz zunächst über den Antrag des 1. AFC Bulldogs Bielefeld abstimmen.

Beschluss:

Aus Sondermitteln stellt die Bezirksvertretung Mitte dem 1. AFC Bulldogs Bielefeld 2.427,00 Euro als Zuschuss zur Anschaffung eines kompletten Trikotsatzes für seinen Jugendbereich American Football zur Verfügung.

- einstimmig beschlossen -
(Herr Bevan hat nach § 31 GO nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilgenommen)

Im Anschluss lässt Herr Franz über die weiteren Anträge abstimmen.

Beschluss:

- 1. Aus Sondermitteln stellt die Bezirksvertretung Mitte dem Förderverein des Naturkundemuseums 750,00 Euro für die Anschaffung einer Hinweistafel und einer Stele zum Exponat „Osning-Sandsteinblock“ zur Verfügung.**
- 2. Aus Sondermitteln stellt die Bezirksvertretung Mitte dem TuS Eintracht Bielefeld e.V. 1.080,00 Euro für die Anschaffung von vier Aluminium-Minitoren für die Jugendmannschaften zur Verfügung.**
- 3. Aus Sondermitteln stellt die Bezirksvertretung Mitte dem Förderverein der Sekundarschule Königsbrügge 1.000,00 Euro für die Anschaffung von „Spielkisten“ zur Verfügung.**
- 4. Aus Sondermitteln stellt die Bezirksvertretung Mitte den Fördervereinen der acht Grundschulen im Stadtbezirk Mitte jeweils 600,00 Euro für besondere Aktionen und Initiativen zur Verfügung.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Nichtöffentliche Sitzung:

...

André Langeworth
zu TOP 6.2

Gerald Gutwald
zu TOP 10 und TOP 11

Hans-Jürgen Franz
Bezirksbürgermeister

Heiko Tobien
Schriftführer